Die Kontroverse bleibt

Die Trinkwasser- und Pestizid-Initiative wurden deutlich abgelehnt. Die Bauern waren erleichtert, aber jubeln mochten sie nicht. Kein Wunder, denn die Debatten gehen weiter.

Andrea Tedeschi

HÖRI/ANDELFINGEN. Es ist halb eins. Die ersten Hochrechnungen stehen an. Der Fernsehmoderator prognostiziert eine deutliche Niederlage mit über 60 Prozent Nein-Stimmen für die beiden Agrarinitiativen. In der Scheune in Höri im Zürcher Unterland jubelt aber niemand, die Bauernfamilien und Mitglieder des Zürcher Bauernverbandes wollen dem Resultat noch nicht trauen. Ferdinand Hodel, Kampagnenleiter des Zürcher Bauernverbandes, sagt, falls sich der Trend bestätige, wäre das beachtlich. Er hat den Abstimmungskampf als ungewöhnlich emotional erlebt, dazugekommen ist der ausgeprägte Land-Stadt-Konflikt in seinem Kanton. Zwei Drittel der Zürcher Bevölkerung leben in den Städten und in der Agglomeration, ein Drittel auf dem Land. Hodel sagt, jeder zweite oder dritte Bauernhof sei im Kanton Zürich aktiv gegen die Initiativen gewesen, das seien zwischen 1500 und 1800 Betriebe. «Im Minimum haben sie ein Nein-Plakat aufgehängt.» Erbittert wurde gekämpft. Ja-Plakate wurden von Höfen entfernt, Befürworter unter den Bauern geschnitten. Es gab Morddrohungen gegen die Initiantin Franziska Herren und Hasstiraden gegen den Grünen-Nationalrat Kilian Baumann. Beide sagten alle öffentlichen Auftritte ab. Aber auch die Gegenseite musste einstecken: Anhänger mit 2-mal-Nein-Plakaten wurden in Brand gesteckt, Pneus von Initiativgegnern aufgeschlitzt, wie die «Rundschau» berichtete. Hodel sieht den Grund für die aufgeheizte Stimmung in den harten Worten der Initiantin, die sagte, die Bauern würden Böden und Gewässer vergiften. «Das hat unter den Bauern die Ängste geschürt, dass sie wie Kriminelle dastehen.» Niemand habe dagegen in den letzten Wochen darüber geredet, was die Bauern schon alles erreicht hätten, zum Beispiel mit viel weniger Pflanzenschutz.

Glaubt nach dem Nein zu den beiden Agrarinitiativen an einen Neuanfang, wenn auch nicht ganz ohne Kontroverse: Heinz Höneisen, Biolandwirt und Co-Präsident Bio Suisse Zürich und Schaffhausen, aus Andelfingen bei seinen Bio-Auberginen. BILD TED

Kurz nach eins äussert sich Franziska Herren im Fernsehen zur drohenden Niederlage. Sie sagt: «Trotz der sehr starken Gegenseite mit Pharma und Bauernlobby sagen 40 Prozent der Stimmenden Ja.» Die Bevölkerung sei sich bewusst, dass sie beim Essen Bio einkaufen könne, aber beim Wasser keine Wahl habe. Ferdinand Hodel hört ihr zu und sagt: «Hätte sie von Anfang an richtig kommuniziert und nicht von vergifteten Böden geredet, sie hätte die Abstimmung gewonnen.» Zurückhaltend wendet er sich den Bauern und Bäuerinnen an den Tischen zu, hält seine erste Rede.

«Etwas wird bleiben»

Je länger der Tag, umso mehr Bäuerinnen und Bauern finden sich in Höri ein, zuletzt sind es über 80. Dass das Nein so hoch ausfallen könnte, damit haben die wenigsten gerechnet. «Nein, so deutlich habe ich es nicht erwartet», heisst es. Oder: «Ich dachte, eine Vorlage verlieren wir bestimmt.» Der erwartete Stadt-Land-Graben bleibt aus. Einzig Basel-Stadt stimmt für die Initiative, der Nein-Anteil der Kantone Zürich und Schaffhausen ist mit 52,8 und 55,8 Prozent schweizweit am tiefsten, das Wallis mit über 80 Prozent am höchsten. Der Politologe am Fernsehen hat eine Antwort. Er sagt, der Bauernverband habe eine emotionale Debatte losgetreten, die die einzelnen Positionen geschwächt habe. Damit gibt sich ein Bauer am Nebentisch nicht zufrieden. «Die Bevölkerung hat gemerkt, dass es uns an die Existenz geht.» Ein anderer kommentiert: «Schon heute setzen wir dort biologische Mittel ein, wo es möglich ist.» Und ein Dritter: «Die Konsumenten haben es in der Hand, ob sie mehr Bio wollen oder nicht. Wenn sie mehr Bio kaufen, dann produzieren wir mehr Bio.»

Szenenwechsel. Es ist nach vier. In Andelfingen führt Heinz Höneisen über seinen Hof, zu den Auberginen, zum Ingwer, den Tomaten, dem Salat. Er analysiert die Situation anders. «Als sich die Bio-Organisationen einschalteten und sich gegen die Initiativen stellten, ist die Stimmung gekippt. Sonst wären die beiden Initiativen durchgekommen.» Der Co-Präsident von Bio Suisse Zürich und Schaffhausen hat ein Nein zu den Agrarinitiativen erwartet. Er hat sich selbst im Abstimmungskampf gegen die Trinkwasser-Initiative und für die Pestizid-Initiative engagiert. Jubeln mag er an diesem Nachmittag auch nicht, ihn aber macht der hohe Ja-Anteil von 40 Prozent zuversichtlich. «Etwas wird bleiben.» Er glaubt an einen Neuanfang und nur bedingt, dass der Konsument die Landwirtschaft verändern kann. «Seit der Bund 1995 die Direktzahlung eingeführt hat, haben wir eine Planwirtschaft eingeführt.» Alles sei vorgegeben, und der Bauer führe aus. Im März müsse der Bauer melden, welche Kulturen er auf seinen Felder habe, im Juni mähten alle zur selben Zeit die Naturwiesen. Der Bauer mache, was ihm von oben diktiert werde. «Die nächste Generation müssen wir umgestalten. Es braucht eine neue Denkweise in der Landwirtschaft, und deshalb müssen wir bei der Ausbildung ansetzen.» Er fängt damit gleich heute Montag an, hat einen Termin im Strickhof, dem Kompetenzzentrum unter anderem für Landwirtschaft, mit Biobauern aus Zürich und Schaffhausen, dem Bauernverband und Kantonsvertretern, später dann auch beim Regierungsrat. «Es ist belastend, weil es auf Konfrontationen hinausläuft. Aber es muss sein.» Er will bei den Direktzahlungen ansetzen und die Bauern aus dem Zwang der vielen Vorgaben befreien. «Die Bauern sollen von den Produkten leben können, die sie verkaufen und nicht von den Steuern, die alle bezahlen.» Er rechnet mit Widerstand. Und weiss, sein Vorhaben kann Jahre dauern. «Die Gefahr ist, dass jetzt nach der Abstimmung viele überreagieren, dem Bauern Massnahmen diktieren und er die Faust im Sack macht.» Die Politik wartet nicht, der Massnahmenplan des Bundesrats, der den Stickstoff und den Phosphor auf den Feldern und den Einsatz der Pestizide bis 2027 um die Hälfte reduzieren will, ist bereits in der Vernehmlassung. «Er hat sicher eine Chance, denn es warten bereits weitere Initiativen.»

«Ich verstehe nicht, warum es mehr Nachhaltigkeit braucht.»
Ein Bauer in Höri

In der Scheune Höri werden Bratwürste gegessen, die Stimmung ist ausgelassener. Wie soll es jetzt weitergehen? Ferdinand Hodel, der Kampagnenleiter, sagt: «Die Pestizide zu reduzieren ist wichtig. Der Bundesrat nimmt da auch die Hobbygärtner in die Pflicht. Aber der Massnahmenplan vermischt zu viel.» Ein anderer Bauer sagt: «Ich verstehe nicht, warum es mehr Nachhaltigkeit braucht. Wir sind weiter als die im Ausland.» Und ein Dritter: «Die jetzige Debatte wird in einem halben Jahr vergessen sein.» Sicher ist derzeit nur eines: Es bleibt kontrovers.

VIDEO
Interview mit Befürwortern und Gegnern unter www.shn.ch/click

Reaktionen zu den Agrarinitiativen

Andrea Müller
Kantonsrätin (SVP)

Wenig überrascht, aber sehr erfreut über das Resultat der beiden Agrarinitiativen zeigt sich Andrea Müller, Kantonsrätin und Präsidentin der Schaffhauser SVP: «Das deutliche Resultat ist sehr erfreulich. Das ist ein starkes Zeichen für die Schweizer Landwirtschaft.» Das Stimmvolk habe erkannt, dass die Bauern bereits einen grossen Einsatz für nachhaltige Produktionen leisten, meint Müller, die selbst als Landwirtin tätig ist. Dieses Engagement der Landwirte sei mit dem Resultat an der Urne belohnt worden.
Auch ohne die Annahme dieser Vorlagen entwickle sich die Landwirtschaft weiter: «Wir Bauern sind Unternehmer und wissen, dass wir uns weiterentwickeln müssen. Das ist ein Prozess, der schon lange im Gange ist», merkt Müller an. *(bic)*

Martina Munz
Nationalrätin (SP)

Mit dem Nein an der Urne hat die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz bereits gerechnet. Dennoch sei das Resultat ein beachtlicher Erfolg für das Ja-Lager. Die studierte Agronomin verbucht das Abstimmungsergebnis als Erfolg, weil das Bewusstsein für ökologische Fragen in der Landwirtschaft angestiegen sei. «Nun merkt die breite Bevölkerung, dass wir jetzt unbedingt etwas unternehmen müssen, wenn wir nachhaltige Landwirtschaft fördern wollen», sagt Munz.
Schon bald wird das Parlament über weitere wichtige Weichenstellungen in der Agrarpolitik diskutieren. Diesbezüglich hofft die Nationalrätin, dass weitere Schritte hin zu mehr Nachhaltigkeit und einen geringeren Pestizidverbrauch getan werden. *(bic)*

Kommentar

Die Landwirte können sich nun beweisen

Das Resultat ist an Deutlichkeit kaum zu überbieten: Die Trinkwasser-Initiative und die Pestizid-Initiative wurden von der Schweizer Stimmbevölkerung wuchtig mit über 60 Prozent abgeschmettert. Herr und Frau Schweizer wollten kein Wagnis eingehen, keinen Versuchsballon starten, der international seines Gleichen sucht. Die wirtschaftlichen Risiken waren der Mehrheit zu gross. Im Kopf sind noch immer die Versorgungsprobleme in der Anfangsphase der Coronapandemie, zu denen es wegen ausländischen Blockaden gekommen war. Dieser Volksentscheid ist darum ebenso rational wie begrüssenswert. Das Nein zu den extremen Agrar-Initiativen bedeutet aber nicht, dass die Schweiz nicht vor Herausforderungen stehen würde. Die Biodiversität steht weltweit und auch in der Schweiz unter Druck. Immer genauere Messmethoden und wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass wohlmeinend eingesetzte chemische Mittel auch negative Nebeneffekte haben können. Wir alle wollen sauberes Trinkwasser und eine intakte Natur. Insbesondere auch die Bäuerinnen und Bauern, die täglich draussen auf den Feldern und Weiden sind. Deshalb kann es nur in ihrem Interesse sein, sich für eine nachhaltige Landwirtschaft einzusetzen. Es ist ein Weg, den das Parlament bereits eingeschlagen hat. Nun können die Bauern, ganz ohne extremen Zwang, beweisen, dass ihnen die Natur am Herzen liegt.

Dario Müffler
dario.muffler@shn.ch
Leiter 1. Bund

Verfassungsfreunde überlegen Einstieg in Parteipolitik

Die «Freunde der Verfassung» haben gestern ihre erste Niederlage kassiert.

Reto Zanettin

BERN. Wer rasch beschleunigt, kann abrupt gebremst werden. Das mussten die «Freunde der Verfassung» gestern lernen. Im Frühjahr 2020 sahen sie die Schweiz durch das Corona-Notrecht des Bundesrates in Gefahr und versammelten sich deswegen auf dem Rütli – dort, wo sich einst die alten Eidgenossen gegen die Habsburger Obrigkeit verbündeten. Damit legten die Verfassungsfreunde den Grundstein ihres Vereins, der innert Monaten referendumsfähig wurde. 90 000 Unterschriften kamen gegen das Covid-19-Gesetz zusammen. Und über 50 000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mobilisierten die Verfassungsfreunde gegen das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Terrorbekämpfung (PMT).

Gestern nun hat das Volk jedoch beide Vorlagen angenommen. Schweizweit 60,2 Prozent respektive 57,6 Prozent der Schaffhauserinnen und Schaffhauser stimmten dem Covid-19-Gesetz zu. Das PMT-Gesetz befürworteten 56,6 beziehungsweise 56,4 Prozent.

Silvano Moeckli ist Politikwissenschaftler an der Universität St. Gallen und sagt: «Die Verfassungsfreunde haben die Referendumswaffe gezogen und wurden damit geschlagen. Hätten sie das Referendum nicht ergriffen, könnten sie nun nach wie vor behaupten, der Bundesrat sei in der Minderheit und regiere gegen das Volk. Doch die deutliche Zustimmung hat dieses Argument entkräftet.» Nun würden die Verfassungsfreunde Allianzen mit Rechtsparteien bilden müssen.

Michael Bubendorf, Medienssprecher der Verfassungsfreunde, kommentiert den Abstimmungsausgang so: «Wir hätten uns natürlich gewünscht, dass wir gewinnen. Das ist nicht gelungen.» Dennoch wertet er das Ergebnis als Erfolg. «Obwohl der Bundesrat, das Parlament und die allermeisten Parteien für die zwei Vorlagen waren, haben wir bei beiden rund 40 Prozent der Stimmen geholt.» Die Stimmbeteiligung von nahezu 60 Prozent sei den Verfassungsfreunden entgegengekommen, sagt Moeckli. «Denn je höher die Stimmbeteiligung, desto mehr parteiungebundene, regierungskritische Leute gehen an die Urne. Das relativiert den angeblichen Achtungserfolg.»

Das Covid-19-Gesetz nennt Bubendorf ein Erpressungsgesetz, weil es Bundesratskompetenzen und Pandemiemassnahmen mit den «unbestrittenen, gerechtfertigten Entschädigungen für Gewerbe und Menschen» verknüpft hat. Ausserdem werde das PMT-Gesetz Messerattacken nicht verhindern. Kein Täter werde sich von Massnahmen wie einer Gesprächsteilnahmepflicht oder einem Kontaktverbot und auch nicht von einem Hausarrest aufhalten lassen.

Demgegenüber stehen die Argumente, welche die Befürworter im Abstimmungskampf vorgetragen haben. Zu ihnen gehören neben Bundesrat und Parlament auch die Mitte, FDP und SVP. Das Gesetz sei nicht isoliert zu betrachten, da es in die bestehende Terrorabwehr der Schweiz eingebettet sei. Es schliesse insofern eine Lücke und sei somit geeignet, dem Terrorismus entgegenzutreten, bevor es zu einem Attentat komme.

Das Stimmvolk hat das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Terrorismusbekämpfung angenommen. BILD KEY

«Uns konstruktiv einbringen»

Christoph Pfluger gehört zu den Verfassungsfreunden der ersten Stunde, hält sich mittlerweile aber im Hintergrund und ist beispielsweise nicht Vorstandsmitglied. Er sagt: «Nach dem schnellen Aufstieg müssen wir nun verlieren lernen.» Aus der Niederlage möchte Pfluger Kraft für einen Neuanfang schöpfen. «Wir wollen uns vermehrt konstruktiv einbringen und uns fragen, wofür die Verfassungsfreunde stehen. Denn man kann nicht nur gegen etwas sein.» Wie Bubendorf erzählt, werken die «Freunde der Verfassung» etwa an einer Volksinitiative, welche die direkte Demokratie stärken soll.

Und: «Wir diskutieren, ob wir in die Parteipolitik einsteigen und uns um Parlamentssitze bewerben wollen.» Manche Vereinsmitglieder fänden allerdings, die «Freunde der Verfassung» könnten von ausserhalb des Parlamentsbetriebes mehr bewirken. Letztlich werde die Basis entscheiden.

Moeckli räumt dem Ansinnen der Verfassungsfreunde grundsätzlich gewisse Chancen ein: «Es ist nicht unüblich, sich über die direkte Demokratie auch bei Wahlen ins Spiel zu bringen. Man verschafft sich Bekanntheit, die man in Wählerstimmen umsetzen kann.» Wie das gelingen kann, hat der parteilose Schaffhauser Ständerat Thomas Minder vorgemacht. 2005 lancierte er die «Abzockerinitiative», die übermässigen Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften einen Riegel schieben sollte. Während er die Initiative vorantrieb, wurde Minder Ende 2011 in den Ständerat gewählt.

Im März 2013 stimmten schliesslich zwei Drittel der Stimmbevölkerung seinem Volksbegehren zu.

Die Verfassungsfreunde führen ins Feld, sie hätten – was zutrifft – mittlerweile gleich viele Mitglieder wie die Grünen, nämlich rund 10 500. Dabei weisen die Grünen einen Wähleranteil von 13,2 Prozent aus. Für die Verfassungsfreunde würde die Parteipolitik dennoch ein schwieriges Pflaster, wie Moeckli erklärt. Nur weil die «Freunde der Verfassung» gleich viele Mitglieder und womöglich mehr Geld hätten als die Grünen, würden sie politisch nicht gleich stark sein wie diese. «Sie müssten thematisch breiter werden, in allen Landesteilen präsent sein und charismatische Exponenten hervorbringen, die einen Mangel an Themen überspielen, das Volk mitreissen können.» Fraglich sei auch, inwiefern die Geldgeber dabei bleiben. «Allein eine Kampagne wie die gegen das Covid-19-Gesetz kostet mehrere Millionen Franken.»

Bekannt ist, dass sich die «Freunde der Verfassung» über Mitgliederbeiträge und Spenden finanzieren. Besonders Letztere scheinen einträglich zu sein. «Die Spendenfreudigkeit ist sehr hoch», sagt Pfluger. Der Verein sei auf drei Monate hinaus finanziert. So lange könnte er ohne zusätzliche Einnahmen überleben.

Für eine Parteibildung müsse die Vereinsbasis zunächst wieder aufgebaut werden, was mühselig sein könne, erklärt Moeckli. «Die beiden Nein demobilisieren. Die Vereinsmitglieder sind enttäuscht.» Mittelfristig könnten die Verfassungsfreunde ähnlich aufgestellt sein wie die «Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz» (Auns) – thematisch nahe an der SVP und mit SVP-Vertretern bestückt. «So könnten sie schärfer und extremer auftreten, als das einer Bundesratspartei möglich ist.»

«Die Spendenfreudigkeit ist sehr hoch.»
Christoph Pfluger
«Freund der Verfassung»

VIDEO
Interview mit Befürwortern und Gegnern unter www.shn.ch/click

Eidg. und kantonale Abstimmungen Resultate Thurgauer Gemeinden

	Trinkwasser-Initiative		Pestizid-Initiative		Revision CO_2-Gesetz		Covid-19-Gesetz		Terrorismus-Gesetz		Stimmbeteiligung
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	%
Basadingen	291	553	286	558	270	557	371	459	417	410	68,4
Berlingen	141	233	143	232	172	204	214	158	215	156	65,0
Diessenhofen	490	769	481	770	514	756	665	575	711	529	59,4
Ermatingen	559	810	536	830	586	777	692	671	744	613	67,2
Eschenz	276	493	278	491	305	463	377	385	429	330	65,3
Hüttwilen	286	661	290	656	413	527	453	474	476	443	78,8
Mammern	104	159	104	160	126	135	149	110	156	103	67,2
Neunforn	167	429	165	431	227	367	307	290	342	248	72,9
Salenstein	220	373	218	375	222	369	242	326	315	271	70,3
Schlatt	268	565	261	574	310	523	395	436	430	387	67,4
Steckborn	573	810	563	820	628	751	747	616	711	656	59,6
Wagenhausen	292	424	278	444	271	439	318	393	348	352	65,5
Total %	**3667**	**6279**	**3603**	**6341**	**4044**	**5848**	**4930**	**4893**	**5294**	**4498**	**66,4**

Kommentar

Jetzt verhältnismässig bleiben

57 Prozent der Stimmbevölkerung waren für das PMT-Gesetz, und 60 Prozent haben dem Covid-19-Gesetz zugestimmt. Damit hat sich das Volk für eine Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik und die Fortführung der Finanzhilfen zugunsten der Wirtschaft ausgesprochen. Nicht verfangen haben hingegen Argumente, wonach schädliches Recht geschaffen und die Schweiz zu einem Willkürstaat werde. Zugleich haben die Schweizerinnen und Schweizer den Behörden in beiden Vorlagen ein gewisses Vertrauen ausgesprochen. Denn der Bundesrat bekommt mit dem Covid-19-Gesetz zusätzliche Kompetenzen. Besonders aber erhält der Nachrichtendienst mit dem PMT-Gesetz neue Möglichkeiten: Er kann bei der Bundespolizei präventiv-polizeiliche Massnahmen gegen einzelne Personen beantragen, wenn Hinweise auf eine terroristische Gefahr vorliegen. Diese Massnahmen gehen nicht sehr weit, wenn man vergleicht und bedenkt, dass ein Terroranschlag womöglich Leben kostet. Zudem können Betroffene Beschwerde gegen die Massnahmen erheben. Dennoch tun die Behörden selbst und ihre Aufsichtsorgane gut daran, auf Verhältnismässigkeit zu achten und deren Einhaltung stets aufs Neue zu prüfen. Dann hat die Schweiz an diesem Abstimmungssonntag sicherheits-, aber auch wirtschaftspolitisch gewonnen.

Reto Zanettin
Inlandredaktor
reto.zanettin@shn.ch

«Dann hat die Schweiz an diesem Abstimmungssonntag gewonnen.»

Reaktionen zur Terrorismus-Abstimmung

Hannes Germann
Ständerat (SVP)

Der Ständerat Hannes Germann ist zufrieden mit dem Abstimmungsergebnis zum PMT-Gesetz. Es sei ein wichtiger und unausweichlicher Schritt gewesen, sagt er. «Wenn wir den Terrorismus an der Wurzel bekämpfen wollen, muss man die Möglichkeiten für die polizeilichen Einsatzkräfte erweitern.» Den Nein-Stimmenanteil deutet er als Hinweis, dass man sich mit diesem Thema auf «heiklem Terrain» bewegt. «Hier muss man ganz vorsichtig vorgehen.» Germann ist indes überzeugt davon, dass das PMT-Gesetz gut umsetzbar ist. «Dieses Gesetz richtet sich nur gegen Terrorismus und nicht gegen politische Gesinnungen.»

Mayowa Alaye
Kantonsrätin (GLP)

Das Ja zum PMT-Gesetz kam für die Schaffhauser Kantonsrätin nicht überraschend. «Ich habe sogar damit gerechnet», sagt sie. Die GLP-Politikerin hat sich im Vorfeld für ein Nein eingesetzt. Sie hätte sich gewünscht, dass man die Contra-Argumente besser hätte herüberbringen können. «Die Schweiz hat sich mit dem Gesetz keinen Gefallen getan.» Die Gegner des PMT-Gesetzes kritisierten unter anderem, dass den Kinder- und Menschenrechten zu wenig Rechnung getragen werde. Alaye hofft nun, «dass man die Instrumente, die man heute geschaffen hat, nicht missbrauchen wird.» *(eku)*